

Prävention gegen Antisemitismus stärken!

Antragsteller: Junge Union Pinneberg

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert eine verstärkte Prävention gegen Antisemitismus. Hierzu soll ein obligatorischer Besuch eines Konzentrationslagers stattfinden und in den gesellschaftswissenschaftlichen Schulunterricht eingebunden werden. Der Beschäftigung mit dem Judentum und eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen „Israel“ und „Nahostkonflikt“ muss ein höherer Stellenwert in der schulischen Ausbildung zu Teil kommen. Daher soll zusätzlich der Austausch mit einer jüdischen Gemeinde Platz in der schulischen Ausbildung finden, um gezielt Vorurteilen gegenüber jüdischen Mitbürgern vorzubeugen. Die Bildungsausflüge sollen vom Land Schleswig-Holstein subventioniert werden.

Begründung:

Trotz der Grausamkeiten im Dritten Reich wird der Antisemitismus in Europa und auch in Deutschland wieder stärker präsent. Gerade die sozialen Medien bieten auch schon Jugendlichen eine teils anonyme Plattform mit verminderten Hemmungen zur Auslebung der Hetze. Studien der Technischen Universität Berlin, die im August letzten Jahres veröffentlicht wurden, zeigen, dass Antisemitismus im Netz so weit verbreitet sei wie noch nie zuvor. Diesem Trend muss mit verstärkter Aufklärung über die historische Verantwortung aller deutschen Bundesbürger und all denjenigen, die sich in Deutschland aufhalten, im Kindes- und Jugendalter entgegengewirkt werden. Antisemitismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Der Besuch eines Konzentrationslagers wird von vielen Besuchern als ein besonders emotionales und einprägsames Ereignis wahrgenommen und sensibilisiert für das Unrecht, das den Juden und politisch Verfolgten während des Nationalsozialismus aufgrund ihrer Religion oder ihrer Überzeugungen angetan wurde. In Bayern ist der Besuch eines Konzentrationslagers beziehungsweise einer Gedenkstätte bereits verpflichtend während der Schulzeit zu absolvieren. Zudem ist wichtig, die Prävention von Antisemitismus nicht allein über die Geschichte des Holocaust zu vermitteln, sondern junge Bürger auch für die Religion des Judentums selbst zu sensibilisieren. Laut Bundesamt für politische Bildung (BpB) zeigt sich

32 heutzutage nämlich eine Entwicklung, wonach nicht mehr „wegen der Rasse“ diskriminiert
33 wird, sondern Sinnbilder wie die „Israel-Politik“ oder die häufig stereotypisch aufkommende
34 Vorstellung der „omnipräsenten Macht“ der Juden zur Hetze führen. Das BpB rät deswegen
35 eine umfassendere Aufklärung hinsichtlich der Geschichte und Lehre des Judentums und dass
36 „Schüler (..) einen Einblick in jüdisches Leben von heute in Deutschland erhalten (sollten).“
37 Mehr Verständnis für das Judentum und für Glaubensvielfalt kann durch den Besuch einer
38 Synagoge und/oder eines jüdischen Museums geschaffen werden.